

Sparkasse: Grüne und Linke gegen Resolution

Kreis Segeberg – Harte Kritik an der Sparkasse Südholstein sowie an Kreis- und Landespolitikern üben Vertreter der Grünen. Die Partei „Die Linke“ will die Probleme rund um das Geldhaus in einem Untersuchungsausschuss klären lassen.

Die Sparkasse solle endlich „die Karten auf den Tisch legen“, fordert Jürgen Kaldewey, Sprecher des Grünen-Kreisverbandes. Sie müsse sagen, wie viel Geld ihr fehle und warum. Antworten darauf seien besser, als von der Politik Resolutionen zu fordern. Davon halten die Linken ebenfalls nichts.

Einen Resolutionsentwurf hatte die Sparkasse mit den Vertretern der großen Fraktionen in den Kreistagen Segeberg und Pinneberg und der Ratsversammlung Neumünster abgestimmt. Darin sollen die Landesregierung und der Landtag aufgefordert werden, das Sparkassengesetz zu öffnen. Ziel sei, dass der freien Hamburger Sparkasse erlaubt wird, bei der öffentlichen Sparkasse Südholstein einzusteigen. Das hält die Linke für den „genau

falschen Weg“. Es dürfe nicht das „Tor zur Ausschlichtung der Sparkasse Südholstein“ geöffnet werden.

Der Segeberger Kreistag berät über die Resolution am Donnerstag, 29. Januar, ab 19 Uhr im Kreishaus in Bad Segeberg. Kaldewey vermutet, die Sparkasse habe bei eigenen Investments Geld verspekuliert und dass dort keine soliden Bankkaufleute arbeiten. Stutzig gemacht habe ihn schon der überraschende Abgang zweier Vorstandsmitglieder im Juni 2008. Die Linken unterstellen „leichtsinnige Kreditvergabe und Zockerei“.

Vor einer Gesetzesänderung warnt die finanzpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion Monika Heinold. Möglicherweise würde dann auch Privatbanken der Einstieg bei Sparkassen ermöglicht. Das wisse selbst die CDU/SPD-Landesregierung nicht genau, gehe aus Antworten auf ihre Kleine Anfrage hervor. Fahrlässig habe die Koalition bislang den Anschein erweckt, das könne verhindert werden.

ger/stö

SZ